

New Yorks Bürgermeister attackiert Hot Dog-Verkäufer

„Nicht mit uns, Mr. Giuliani!“

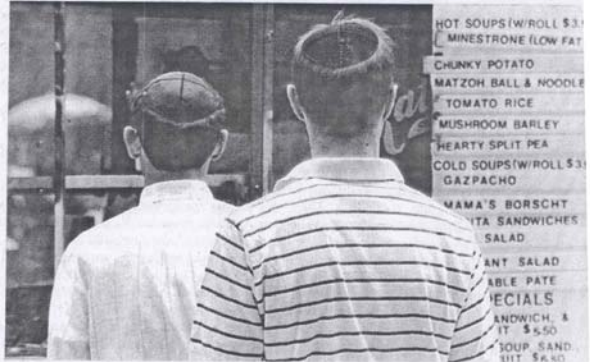
Auf den Straßen New Yorks geht es derzeit um die Wurst. Dabei wird der Kampf zwischen dem Bürgermeister und fliegenden Händlern, die an ihren Ständen vom Hot Dog bis zur jamaikanischen Ziegenkopfsuppe so ziemlich jedes Gericht feilbieten, nicht offen in den Häuserschluchten der Stadt ausgetragen. Hinter den verschlossenen Türen gehe es um Bezirke, Macht und Geld — so Dan Rossi von der „Big Apple Street Vendors Association“, der größten Straßenverkäufer-Gewerkschaft New Yorks im Gespräch mit dem *Aufbau*.

„Bürgermeister Giulianis neueste Kampagne zur Verbesserung der Lebensqualität in New York richtet sich nun, nachdem er zuvor Taxifahrer, Obdachlose und New Yorks Fußgänger im Visier hatte, gegen die Straßenverkäufer und Straßenkünstler, die nach Giulianis Ansicht die Metropole verunstalten. Seine Lust am „Aufräumen“ scheint vor nichts halt zu machen. Selbst das altehrwürdige Yankee-Stadium in der Bronx soll nach

neuen Straßen wieder für den Verkauf freigegeben, wenn die Verkäufer im Gegenzug ihre Präsenz an stark belebten Stellen Manhattans, wie etwa der Wall Street, verringern.

„Hierzu sind wir gerne bereit, wenn im Gegenzug dafür alle anderen Straßen Manhattans für den Verkauf wieder freigegeben werden“, sagte Rossi.

Giulianis Kreuzzug gegen den Handel auf New Yorks Straßen begann schon 1994. Bereits ein Jahr nach seinem Amtsantritt entzog der Bürgermeister vielen gewerkschaftlich organisierten Firmen dieser Branche die Lizenz, um sie an Selbständige weiterzugeben. Diese Idee entpuppte sich aber schnell als sprichwörtlicher „Schuß in den Ofen“: Die Selbständigen verkauften die Lizenzen illegal an die Firmen zurück. „Die Verhandlungen mit der Stadt haben sich als ein ganz abgekartetes Spiel herausgestellt“, führt Rossi weiter aus. „Als wir in die Verhandlungen einstiegen, war eigentlich schon alles entschieden. Die



Ein „Kosher-Zertifikat“ erlaubt orthodoxen Juden die Portion Borscht zum Mitnehmen. Foto: Frank Schwere

„Hot-Dog“ zu verderben. „Es ist die bequemste und günstigste Art, auf die Schnelle etwas zu essen“, meint ein Geschäftsmann, der sich in die lange Schlange vor einer der Imbissbuden in der Nähe der Wall Street eingereiht hat. „Diese Imbissbuden gehören einfach zur Kultur Manhattans“, erklärt ein anderer.

Für jeden Touristen gehören die unzähligen Verkäufer und Künstler genauso zu Manhattan, wie das Empire State-Buil-

ding. „Wenn die Immigranten hier ankommen, sprechen sie so gut wie überhaupt kein Englisch. Sie haben nur drei Möglichkeiten hier Arbeit zu finden: Entweder sie arbeiten als Tellerwäscher, Taxifahrer oder als Straßenverkäufer.“ erklärt Rossi. Für sechs Dollar am Tag stellt die „Street Vendors Association“ ihren Verkäufern Wagen und Ausrüstung zur Verfügung: „Wir geben ihnen eine Chance durch ehrliche Arbeit Geld zu verdienen.“

Die Straßenverkäufer selber verstehen

nicht, warum sie für die Stadt ein Problem darstellen. Sie sind mißtrauisch geworden, seit Giuliani verdeckte Spitzel auf die Straßen schickte, um die Verkäufer auszuhorchen. „Grenz das nicht schon schon an Paranoia?“ fragt Rossi aufgebracht.

Die Verhandlungen mit der Stadt sind in vollem Gange. In der vergangenen Woche trafen sich die Vorsitzenden der „Street Vendors Association“ erneut mit Mitgliedern des Stadtrates. Beide Parteien haben Richtlinien ausgearbeitet, nach denen zukünftig der Straßenverkauf geregelt werden soll. Laut der Pressestelle der Stadt New York ist mit einer endgültigen Entscheidung Ende Juli zu rechnen.

Jetzt zeigt sich Rudolph Giuliani kompromißbereit, eine Taktik, die er in seiner bisherigen Politik nur selten eingeschlagen hat. Er scheint zu spüren, daß er sich in diesem Fall zu weit aus dem Fenster gelehnt hat. Die Demonstrationen der Straßenverkäufer und die Solidarität der New Yorker scheinen den Bürgermeister zum Einlenken gezwungen zu haben.

New York hat Giuliani sicherlich einiges zu verdanken. Die Wirtschaft in der Stadt boomt, die Straßen sind sicherer geworden und im letzten Jahr kamen mehr Touristen als je zuvor.

Wo aber liegen die Grenzen dieser „Aufräumaktion“? In der Stadt regen sich Stimmen, die Gefahr für das Gemeinwohl wittern. Giulianis Vorgehen wird vom *New York Magazine* als „undemokratisch“ bezeichnet: „Demokratie basiert auf den Wünschen der Bevölkerung“. Und die will sich ihr geliebtes Würstchen am Straßenrand auch vom jüngst mit großer Mehrheit wiedergewählten Bürgermeister nicht nehmen lassen.

Tanja Matuszisz



Zwei Geschäftsleute nutzen an der Wall Street die Gelegenheit für einen schnellen Imbiß.

Foto: Frank Schwere

seiner Vorstellung in Manhattan neu aufgebaut werden. Jetzt plant die Stadtverwaltung, die Lizenzvergabe für die Straßenverkäufer erheblich zu beschränken.

Doch im Verlauf der Verhandlungen zeigte sich die Giuliani-Verwaltung, in der Vergangenheit eher bekannt durch ihre Unnachgiebigkeit, überraschenderweise zu Zugeständnissen gegenüber den Vertretern der Straßenverkäufer bereit. Die New Yorker Stadtoberen wollte zwei Drittel der ursprünglich für eine Sperrung vorgese-

Geschäftsleute waren es, die im Hintergrund die Fäden zogen.“ Die Lizenzen sollen nun an große Fast-Food-Ketten wie McDonalds oder Burger King gehen. Giuliani selbst begründet sein Vorgehen damit, daß ein Gleichgewicht zwischen den Restaurants der Innenstadt und den Straßenverkäufern geschaffen werden soll. Diesmal scheint der ehemalige Staatsanwalt aber zu weit gegangen zu sein: Die New Yorker zeigen sich verärgert über den Versuch ihres Bürgermeisters, ihnen nun auch noch den Appetit auf den

ding. Gerade die fliegenden Händler mit ihrem breiten Angebot verleihen der Hudson-Metropole ihr Flair. Fast alle der 12.000 Straßenverkäufer sind Einwanderer. Sie kommen aus Afghanistan, Ägypten, Rußland, von überall, um in New York Arbeit zu finden. Jüdische Emigranten waren die ersten, die um die Jahrhundertwende in New Yorks Straßen Sandwiches und Obst verkauften. Ihre ganze Existenz hing von dem rollenden Imbiß-Stand ab. Nachts schliefen sie sogar unter ihren Karren.